KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 344 Anfrage Müller Pius und Mit. über verzeichnete der Kanton Luzern im 1. Quartal 2020 ebenfalls eine Rekordzuwanderung? / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 344 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat stimmt der dringlichen Behandlung zu.
Claudia Huser Barmettler und Josef Schuler lehnen die dringliche Behandlung ab.
Pius Müller hält an der Dringlichkeit fest.

Claudia Huser Barmettler: Pius Müller will interessante Zahlen analysiert und veröffentlicht haben. Die Lustat präsentiert uns regelmässig solche Zahlen, und die Einwanderung ist nicht etwas, was sich nur auf das letzte Quartal bezieht. Der einzige Grund, warum man die Zahlen dringlich erfahren will, sehen wir in der anstehenden Abstimmung. Man muss aber bedenken, dass es bei der Begrenzungsinitiative um die Zuwanderung auf nationaler Ebene geht. Wir hoffen, dass nicht ein einmaliger Peak in einem Quartal die Begründung für die Initiative ist, sondern ein Anliegen, das konstant und daurend vorhanden ist. Die kantonalen Zahlen eines Quartals stehen somit in keinem Zusammenhang mit einem dringlichen Anliegen. Darum lehnt die GLP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Josef Schuler: Die SVP will Zahlen quartalsweise erheben und über die vergangenen Jahre hinweg vergleichen und verlangt deshalb Zahlen vom Kanton. Ich sehe nicht ein, warum diese statistischen Zahlen so dringlich sein sollen. Ich kann dafür aber zwei Gründe erahnen: Erstens fehlen vielleicht jemandem diese Zahlen für ein Examen. Oder zweitens geht es um die anstehende Abstimmung, und der SVP fehlen noch Zahlen, um die Kündigungsinitiative begründen zu können. Dafür wäre man sehr spät dran, denn der Abstimmungstermin steht schon lange fest. Es besteht darum kein politisches Gewicht für die quartalsweise Auflistung der Zu- und Abwanderung in unserem Kanton. Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Regierung hat bei Vorstössen, die in direktem Zusammenhang mit einer anstehenden Abstimmung stehen, immer der Dringlichkeit zugestimmt, weil die geforderten Informationen nachher keinen Nutzen mehr haben. Dies gilt auch für diese Anfrage.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Pius Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt keine Diskussion.